

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ost- und Westpreußen je mm 0,12 Platz für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zln. Anzeigen unter Text 0,60 Zln. von außerhalb 0,80 Zln. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährlich vom 16. bis 31. 12. cr. 1,65 ZL, durch die Post bezogen monatlich 4,00 ZL. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprechnummern: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2001

Keine Einschränkung der Minderheitsrechte

Ein ungewöhnlicher Zwischenfall in Lugano — Zaleskis Anklagen gegen die deutsche Minderheit — Stressemanns Faustschlag und Antwort — Briands bedeutsame Erklärung Der Völkerbund ist und bleibt die zuständige Beschwerdeinstanz der Minderheiten

Lugano. In der Sonnabend-Sitzung des Völkerbundsrates ist es zu einem ungewöhnlich erstem und folgenreichen Zusammenstoß zwischen Dr. Stressemann und dem polnischen Außenminister Zaleski gekommen, der nach Form und Inhalt ungläubliche Erklärungen über den deutschen Volksbund in Oberschlesien abgab und den deutschen Volksbund des Hochverrats und der Gefährdung des polnischen Staates beschuldigte.

Die Erledigung der Beschwerden

Lugano. Die Minderheitsklagen aus Oberschlesien, die den einzigen Gegenstand der öffentlichen Sitzungen bildeten, betrafen eine Reihe von Schulfragen. Der wichtigste Fall betrifft die Beschwerde des deutschen Volksbundes über die Anordnung des Wojewoden betr. Einschreibung der Schüler für die Minderheitsschule. Ohne einen Beschluß wurde hierzu grundsätzlich vom Rat auf Antrag des Berichterstatters Udati der Wunsch ausgesprochen, daß die polnische Regierung die Möglichkeit finden möge, Ungültigkeiten zu vermeiden. Wegen der vom Deutschen Volksbund beanstandeten Zusammensetzung des Anmeldeauschusses und Abfassung des Anmeldeformulars wird ein Juristenausschuß eingesetzt, der für die nächste Tagung ein Gutachten vorlegen soll. Der Berichterstatter schlägt dazu vor, daß das Formular so abgeändert wird, daß kein Zweifel daran bestehen kann, daß auch Kinder, die deutsch und polnisch sprechen, in die Minderheitsschule aufgenommen werden müssen, und daß lediglich Kinder, die nur polnisch sprechen, von der Minderheitsschule ausgeschlossen werden dürfen. Ferner soll die Nichtbeantwortung der Frage nach dem Arbeitgeber des Erziehungsberechtigten nicht zu einer Zurückweisung des Kindes von der Minderheitsschule führen.

Zaleskis Anklage

Die polnische Regierung hat mit größtem Liberalismus bisher die Existenz einer Organisation in Oberschlesien geduldet, während verschiedene Mitglieder in festgestellter Weise Hochverratsverbrechen begangen hätten. Es fehle nicht an einwandfreien Beweisen für die illegale Aktivität des Deutschen Volksbundes in Oberschlesien. Auf dieser Basis hätten die polnischen Gerichte bereits verschiedene Führer dieser Organisation zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Minderheitenverträge waren geschaffen worden, um den Minderheiten eine gerechte Behandlung seitens der Behörden zu sichern. Wenn jedoch diese Bestimmungen als eine juristische Basis dienen, um eine Aktion gegen den Staat vorzubereiten, so kann eine derartige Situation von diesem Staate unter keinen Umständen geduldet werden. Diese Aktion, die der Deutsche Volksbund mit Methode und Nachhaltigkeit verfolge, führe, wenn der Volksbund weiter in Oberschlesien geduldet werde, eine wahrhaftige Gefahr für den Frieden herbei. Die zahllosen Beschwerden des Deutschen Volksbundes bedeuten lediglich eine Belastung der Tagesordnung des Völkerbunds und erwecken den Eindruck, daß die Lage in Oberschlesien heute noch ungewiß sei. Die Beschwerden bedeuten einen offensichtlichen Mißbrauch der Bestimmungen der Minderheitenkonvention. Der Völkerbundst rat sei gebunden, diese Beschwerden eingehend zu prüfen, obwohl sie ihrer wahren Bedeutung nach nur von untergeordneter Range seien. Ein derartiger Zustand könne nur das Ansehen des Völkerbunds schädigen.

Stressemanns Abrechnung

Dr. Stressemann, der bereits während der Rede Zaleskis mehrmals erregt mit der Faust auf den Tisch schlug, antwortete in erregtem leidenschaftlichem Ton, fortgesetzt die Stimme aufs höchste steigend: Mit größtem Erstaunen habe er der Rede des polnischen Außenministers gefolgt und bedauere seine Worte, aus denen der Geist des Hasses gesprochen habe. Der polnische Außenminister habe zum Kampf gegen die deutschen Minderheiten in Oberschlesien aufgerufen. Es kann sein, daß die einzelnen Fragen nicht von so großer Bedeutung seien, wie Handelsvertragsverhandlungen oder wichtige Wirtschaftsverhandlungen. Er müsse aber Zaleski fragen, was die Minderheitenfragen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Oberschlesiens zu tun hätten, die Zaleski in seiner Rede berührt habe. Es handele sich hier um die heiligsten Güter der Menschheit, um Schule, Sprache und Religion, deren Schutz der Völkerbund feierlichst garantiert habe und für die die Verantwortlichkeit vor der ganzen Welt trage. Es ist unerhört von Ihnen! Wie kommen Sie dazu, zu sagen, daß wir hier unnütze Zeit verlieren, wenn es sich hier um die Grundfragen handelt? Sie kennen die Minderheiten-Kommission. Sie wissen, daß darin den deutschen Minderheiten das Recht der Organisation und das

Mittel des Appells an den Völkerbundsrat gewährleistet und bestätigt ist. Warum das Unrecht nur auf der einen Seite suchen? Was für politische Gründe haben Sie bewogen, in diesem Augenblick, am Abschluß der Tagung, derartige Erklärungen abzugeben?



Außenminister Zaleski

Wenn Sie von der wirtschaftlichen Entwicklung Oberschlesiens sprechen, soll ich Ihnen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands antworten, die auch in der letzten Zeit eine aufsteigende Entwicklung genommen hat? Soll ich Ihnen antworten, daß heute noch an den leitenden Stellen in Oberschlesien deutsche Männer und deutsche Intelligenz stehen? Wohin wären Sie gekommen, wenn diese deutschen Kräfte nicht vorhanden wären? Was hat Sie veranlaßt, alte Wunden wieder aufzureißen? Wollen Sie mir erklären, wie herrlich weit Sie es mit der Entwicklung Oberschlesiens unter polnischer Herrschaft gebracht haben? Seit wann ist es verboten, Organisationen zu schaffen und Fragen vor den Völkerbundsrat zu bringen? Sie wagen es, den Minderheiten nicht zu gestatten, von dem im Völkerbund verbrieften Rechten Gebrauch zu machen und sich an den Völkerbundsrat zu wenden? Sie haben vom Hochverrat gesprochen. Liebe zur alten Heimat und Hochverrat sind oft miteinander eng verbunden. Ich kenne einzelne Persönlichkeiten im Völkerbundsrat, die den Kampf um ihre Heimat mit dem Gefühl ihres Herzens in Uebereinstimmung bringen. Wollen Sie dieses Recht dem deutschen Volke nehmen? Sie erklären, daß der Deutsche Volksbund eine Gefährdung des polnischen Staates sei, die auf die Dauer nicht geduldet werden könne, da sie den Bestand des polnischen Staates erschüttere und eine Gefährdung des Friedens bedeute. Das soll also eine Gefahr für den Staat sein, wenn eine Organisation von den ihr im Völkerbund gewährten Rechten Gebrauch macht und um die Erziehung ihrer Kinder kämpft?

Ich kann in keiner Weise zugeben, daß dieser Standpunkt der Auffassung der Minderheitenrechte im Völkerbund Platz greift. Wenn der Völkerbundsrat sich auf diesen Standpunkt über den Schutz der Religion und der Sprache stellt, so ist die Säule erschüttert, auf der der Völkerbund steht. Ein großer Teil der Menschheit glaubt heute nur noch an den Völkerbund, weil er in ihm den Hüter und Wächter der Rechte der Minderheiten sieht. Wenn tatsächlich diese Auffassung im Völkerbund nicht mehr herrschen sollte, so werden sich große Staaten überlegen müssen, ob noch weiterhin ihre Mitwirkung überhaupt möglich erscheint. Der Völkerbund ist darauf aufgebaut, daß er Rechte für diejenigen gibt, die in einem anderen Staate für die Grundlage ihrer Nation, die Religion, Glauben und Sprache kämpfen dürfen. Mit großer Erregung erklärte Stressemann zum Schluß:

Die von Außenminister Zaleski aufgeworfene Frage scheint mir von so weittragender entscheidender Bedeutung zu sein, daß ich hiermit offiziell vor dem Völkerbundsrat die Forderung stelle, daß auf der nächsten Tagung des Völkerbundsrates die grundsätzliche Frage der Minderheitenrechte und die Behandlung der Minderheiten durch den Völkerbundsrat als offizieller Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Diese Frage darf nicht mehr, wie bisher, als ein Anhängsel behandelt werden.

Die Ausführungen Dr. Stressemanns, die fortgesetzt in höchster leidenschaftlicher Erregung und ausschließlich dem polnischen Außenminister ins Gesicht gesprochen wurden, wurden von der ganzen Versammlung mit ungewöhnlicher Spannung unter größtem Schweigen angehört.

Briand schlichtet den Zwischenfall

Eine bedeutsame Erklärung zum Minderheitenproblem.

Der französische Außenminister Briand sagte, daß der Zwischenfall wohl alle Teilnehmer der Ratsitzung peinlich berührt habe. Er wolle nicht, daß der Rat mit einem Mißklang seine Tagung in Lugano abschließen und möchte deswegen ausdrücklich feststellen, daß nichts zu der Vermutung berechtige, daß der Völkerbundsrat oder der Völkerbund auf irgend einen Rat die geheiligten Rechte der Minderheiten verletzen werde. Dieses Recht sei feierlich vom Völkerbunde verkündet und durch verschiedene Abkommen erneut bestätigt worden. Der Rat sei durchaus mit dem Berichterstatter einverstanden, daß alle Minderheitenfragen in der peinlichsten und unparteilichsten Art geprüft werden müssen. Vielleicht könne man eine schnelle Methode finden, aber auf keinen Fall solle das Recht der Minderheiten eine Einschränkung erfahren. Er glaube, das einmütige Gefühl aller Ratsmitglieder auszudrücken, wenn er ebenfalls betone, daß der Völkerbund und der Völkerbundsrat das Recht der Minderheiten nie verletzen dürfen.

Der Hafengefang klingt fort...

Wäre nicht der ungewöhnliche Zwischenfall Zaleski-Stressemann in Lugano erfolgt, man könnte über die Art der Erledigung der Beschwerden der deutschen Minderheit vor dem Völkerbund zur Tagesordnung übergehen. Wir haben ja eine Lösung nicht erwartet, denn dazu war die Völkerbundstagung zu schlecht vorbereitet und zu sehr mit großen politischen Problemen belastet, als daß man sich der Mühe unterzog, die Beschwerde schnell und gewissenhaft zu erledigen. Sie ist auf die nächste Tagesordnung der Völkerbundstagung gesetzt und wenn alle Anzeichen nicht täuschen, wird die Atmosphäre viel günstiger sein, da der Zusammenstoß zwischen dem polnischen und deutschen Außenminister das ganze Problem Minderheiten und Völkerbund in den Vordergrund internationaler Debatten gebracht hat. Insofern muß man dem Schicksal dankbar sein, daß der ungewöhnliche Hujarenritt Zaleskis, eine Frage aufwarf, der man bisher im Völkerbund immer aus dem Wege ging. Zu der Erledigung der Beschwerde der deutschen Minderheit aus Oberschlesien sei gesagt, daß der japanische Berichterstatter einen Juristenausschuß vorgeschlagen hat, der ein Gutachten ausarbeiten soll, welches Klarheit schafft, wie die Behandlung der Ausnahmen deutscher Kinder in die Minderheitsschule erfolgen soll. Die bisherige Art der Aufnahmen soll so abgeändert werden, daß kein Zweifel daran besteht, daß Kinder die deutsch und polnisch sprechen in die Minderheitsschule aufgenommen werden können, und daß nur Kinder hieron ausgeschlossen werden, die nur polnisch sprechen. Ferner darf nach dem Arbeitgeber des Erziehungsberechtigten nicht gefragt werden. Wie man sich zu der Erklärung des Erziehungsberechtigten bezüglich der nationalen Zugehörigkeit des Kindes stellen wird, steht noch aus, aber es dürfte schon heute keinem Zweifel unterliegen, daß eine Nachprüfung der Erklärung nicht erfolgen darf. An diese Erklärungen sind ja auch die Errichtungen der Minderheitsschulen gebunden, weil jetzt die Kinder derjenigen abgewiesen werden, deren Nationalität man in Zweifel zieht, woraus dann der Mangel an Kindern folgt und daraus entsteht jenes Recht, welches die Errichtung der Minderheitsschulen in den verschiedenen Orten verhindert. Die Beschwerde ist also generell zu nehmen und wenn das Gutachten in dem oben geschilderten Sinne erfolgt, worüber nicht mehr gezweifelt werden braucht, so bedeutet dies einen Erfolg der Beschwerde der deutschen Minderheit und eine Niederlage der bisherigen Praxis der polnischen Behörden in Oberschlesien, die selbst dem Schiedspruch des Haager internationalen Gerichts, eine andere Auslegung gaben.

Damit wäre eigentlich unsere Stellungnahme erledigt, wir hoffen auch heute noch, daß das Recht über die politische Macht siegen wird, wenn auch der Weg beschwerlich ist. Wir haben bisher gewartet und werden auch weiterhin warten müssen, wenn wir uns wohl auch noch den ungewöhnlichen Auseinandersetzungen zwischen Stressemann und Zaleski darüber klar sind, daß eine neue Welle von Repressalien gegen die deutsche Minderheit in Polen folgen wird. Wir wären sehr angenehm überrascht, wenn es nicht

Die Erklärung der Drei

Aussprache mit sehr großem Erfolg

Lugano. Von den Außenministern Frankreichs, Englands und Deutschlands wurde am Sonnabend folgender gemeinsamer Bericht ausgegeben:

„Die Ratstagung hat es uns ermöglicht, die seit langem unterbrochene persönliche Verbindung wieder aufzunehmen und in einen Meinungsaustrausch einzutreten, der zu einem sehr großen Erfolg geführt hat. Diese Besprechungen haben uns dazu geführt, stärker denn je davon überzeugt zu sein, daß eine Politik der Versöhnung und Annäherung die geeignetste Maß-

nahme ist, um den Frieden zu sichern. In diesem Geiste werden wir die Verhandlungen fortsetzen, die auf Grund der Vereinbarungen eingeleitet sind, die zwischen den interessierten Mächten am 16. September d. J. zustande gekommen sind. Wir sind entschlossen, alles in unserer Macht stehende zu tun, um so schnell wie möglich zu einer vollständigen und endgültigen Lösung der aus dem Kriege herrührenden Schwierigkeiten zu gelangen und auf Grund gegenseitigen Vertrauens die Beziehungen zu sichern.“

Der drohende Krieg zwischen Bolivien und Paraguay

Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerbundsrates?



Zum Konflikt Bolivien-Paraguay

Die bolivianische Armee, die schon vor dem Kriege durch deutsche Instruktionen ausgebildet wurde, ist ganz nach dem Muster der preußischen Vorkriegsarmee uniformiert. Die Paradeuniform der Infanterie (im Bilde) ist ein getreues Abbild der preußischen von 1914.

Lugano. Anlässlich des Telegrammes des bolivianischen Außenministers an Briand, worin von dem Ausbruch neuer Feindseligkeiten zwischen Paraguay und Bolivien Mitteilung gemacht wird, sieht man die Lage als außerordentlich ernst an. Briand hat als Ratspräsident in der letzten Geheimnisung vom Völkerbundsrat den Auftrag erhalten, falls erforderlich und im Falle neuer offener Feindseligkeiten zwischen den beiden südamerikanischen Staaten sofort eine außerordentliche Tagung des Völkerbundsrates einzuberufen. In maßgebenden Völkerbunds-kreisen neigt man zu der Ansicht, daß die Einberufung des Völkerbundsrates in nächster Zeit unvermeidlich werden wird. Man nimmt an, daß Briand sich auf Grund des Telegramms sofort mit den anderen Ratsmitgliedern in Verbindung setzen wird, um die Einberufung einer außerordentlichen Tagung zu besprechen. Verhandlungen sind gegenwärtig im Gange. Briand wird Lugano in den Vormittagsstunden des Montag verlassen.

Mobilisierungsbefehl in Paraguay

London. Die Regierung Paraguays hat am Sonntag einen Erlass veröffentlicht, durch den die Mobilisierung von 10 Jahrgängen, die die Altersklassen von 18 bis 28 Jahren umfassen, angeordnet wird. In Asuncion herrscht auf Grund des Mobilisierungsbefehls größte Erregung. Die Entscheidung der Regierung wird von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt und durch Freiwilligengestellungen unterstützt.

Bombenwunde in Oporto

London. Die portugiesische Polizei hat, Berichten aus Lissabon zufolge, in der Wohnung eines Landarbeiters in Oporto eine Anzahl von Gewehren, 3000 Schuß Munition und eine größere Reihe von Bomben beschlagnahmt.

Der Eindruck in Lugano

Lugano. Obwohl die Tagung des Völkerbundsrates von Briand offiziell geschlossen worden ist, ist für Sonnabend Nachmittag eine Geheimnisung des Rates einberufen worden. Offiziell wird erklärt, daß auf der Tagesordnung die Antworten Bolivien und Paraguays zur Verhandlung gelangen werden. Es ist aber ohne Zweifel, daß tatsächlich der schwere Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Zaleski in dieser Sitzung besprochen werden soll. Die schweren Beschuldigungen Zaleskis und der ganze ungewöhnliche Inhalt seiner Erklärungen finden zunächst keine andere Begründung, als daß Zaleski scheinbar aus innenpolitischen Gründen gegen den Deutschen Volksbund vor dem Rat vorgehen wollte. Die Erklärungen Zaleskis sind für sämtliche Ratsmitglieder völlig unerwartet gekommen. Einer weiteren öffentlichen Ausdehnung des Konfliktes hat Briand durch die Schließung der Tagung vorgebeugt. Die entscheidende außerordentlich weittragende Bedeutung der Erklärung Stresemanns wird darin gesehen, daß von nun an der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat sich an die Spitze der europäischen Minderheitsbewegung gestellt hat. Mit den Erklärungen Stresemanns wird nunmehr Deutschland auf der nächsten Tagung des Völkerbundsrates offiziell das gesamte Minderheitenproblem im Rahmen des Völkerbundes aufrufen und eine grundsätzliche Revision der Behandlung der europäischen Minderheiten durch den Völkerbund fordern. Es besteht allerdings kein Zweifel, daß aus dem Zusammenstoß zwischen Stresemann und Zaleski Rückwirkungen unvermeidlich sind.

Der Eindruck des Abchlusses von Lugano in Amerika

New York. Der Zusammenstoß zwischen Dr. Stresemann und Zaleski in Lugano wird von der amerikanischen Presse stark beachtet. Die Blätter legen das Hauptgewicht auf die Erklärungen des deutschen Außenministers, dessen Auftreten in allen Einzelheiten geschildert wird. Dr. Stresemann habe gut abgeschrieben. Es falle ihm das Verdienst zu, die Aufmerksamkeit Amerikas auf die verlorene Lage in dem fast vergessenen Oberschlesien gelenkt zu haben. Zum Abschluß der Außenministerbesprechungen in Lugano äußern sich die Blätter vorherrschend skeptisch. New York Herald spricht von einer starken Abkühlung des Locarno-Geistes. England habe dazu beigetragen, die schlechte Stimmung noch zu erhöhen. In diesem Zusammenhang wird auf die englisch-französischen Abmachungen hingewiesen, die infolge des Flottenkompromisses nicht nur von Amerika, sondern wegen der Seeversicherungsvereinbarungen auch von Deutschland, das darin naturgemäß nichts Gutes habe erblicken können, abgelehnt worden seien. Die Hearst-Presse veröffentlicht in großer Aufmachung einen Artikel des früheren Reichskanzlers Marx, in dem dieser die sofortige Räumung des Rheinlandes verlangt.

Heimwehr in Wien

Wien. Die Heimwehren haben für Montagabend in Wien eine große Versammlung angekündigt. Die Kommunisten fordern die Arbeiter auf, recht zahlreich zu erscheinen, um sich den Heimwehrführern J. Steidl anzuschauen. Auf einer am Sonnabend abgehaltenen Konferenz des Schutzbundes wandte sich Dr. Deutsch gegen diese kommunistische Parole und erklärte, daß kein vernünftiger Arbeiter zu der Heimweherversammlung gehen werde. Es ist deshalb anzunehmen, daß der kommunistischen Aufforderung nicht Folge geleistet wird.

Die deutsche Handelsdelegation wieder in Warschau

Warschau. Am Sonntag morgens traf die Handelsdelegation mit Reichsminister a. D. Hermes an der Spitze, hier ein, um die Antwort der polnischen Regierung auf die deutschen Vorschläge in Empfang zu nehmen. Vom Inhalt dieser Antwort wird es abhängen, ob die nötigen Grundlagen für die Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen vorhanden sind.

Botschafter Schurman in Heidelberg

Heidelberg. Der amerikanische Botschafter Schurman ist im Laufe des Sonntags mit Gemahlin, Tochter und zwei Söhnen zur Teilnahme an der Universitätsfeier in Heidelberg eingetroffen.

Kelloggvertragskrise in Washington

New York. In Washington ist eine regelrechte Kellogg-Vertragskrise ausgebrochen. Die Bemühungen des Präsidenten Coolidge, die Opposition zur Aufgabe des Kampfes gegen den Vertrag zu bestimmen, sind bisher erfolglos geblieben. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß der Kelloggvertrag während der Amtszeit Coolidges nicht mehr erledigt wird. Die Opposition wird durch die Befürworter einer schnellen Verabschiedung der Flottenvorlage unterstützt. Die gestrige Aussprache im Senat trug eine stark englandfeindliche Note. Senator Gillett, ein Freund Coolidges, erklärte, die einzige Möglichkeit für Amerika, der unfreundlichen Einstellung Englands zu begegnen, sei im weiteren Ausbau der Flotte zu erblicken. Auch das übrige Europa verweigere die Abrüstung. Senator Bruce bezeichnete den Kelloggvertrag in seiner Rede als überflüssig.

Außenministerwohnung geplündert

Studentenprotest in China.

Schaanghai. Hier ist eine starke Opposition gegen den Minister des Außen, Wang, entstanden. Man wirft ihm vor, keine genügenden Vorteile für China bei seinen Verhandlungen mit den auswärtigen Mächten erzielt zu haben. Diese Mißstimmung ist in eine lärmende Rundgebung von Studenten und Beamten vor der Wohnung Wangs in Nanjing zum Ausdruck gekommen, wobei sein Haus geplündert wurde. Der Staatsrat beschloß, daß künftig öffentliche Versammlungen in Nanjing nur mit Genehmigung der Regierung stattfinden dürfen.

Ein französisches Südamerika-Postflugzeug verbrannt

Paris. Wie aus Barcelona gemeldet wird, verbrannte das französische Postflugzeug der Linie Südamerika-Frankreich auf dem Wege von Barcelona nach Perpignan. 100 Kilometer aus Amerika und Afrika stammender Briefe wurden ein Raub der Flammen. Während bei beiden Reisen bei dem Sturz ver letzt wurden, kam der Flugzeugführer ohne Schaden davon.

Bomben auf eine Hafenstadt

Berlin. Berliner Blätter melden aus La Paz, daß ein bolivianisches Flugzeug über dem früher in bolivianischem Besitz befindlichen Hafenplatz Bahia Negra, am Paraguru-Fluß, Bomben abgeworfen hat.

zutreffen würde, aber die Angriffe des polnischen Außenministers sind ein Schlag gegen die deutsche Minderheit von so ungewöhnlicher Art, daß man bei ihrer sachlichen Beurteilung nur zu dem Ergebnis kommen kann, daß die polnische Regierung selbst das Risiko ihrer Polonisierungspolitik in Polnisch-Oberschlesien einleitet und diese Niederlage mit Anklagen belegt, die wir in das Bereich der Vächerlichkeit verweisen müssen, weil sie auf Dingen beruhen, die uns weit besser als dem polnischen Außenminister bekannt sind. Derartige Anklagen zu hören, waren wir bisher nur von den Chauvinisten und ihrem Anhang unter Führung des Westmarkenvereins zu hören gewohnt, wir haben es nicht für möglich gehalten, daß ein sonst so kluger Diplomat, wie der polnische Außenminister Zaleski, auf ihnen entgleist und Anklagen der deutschen Minderheit mit Argumenten des Westmarkenvereins vor dem Rat des Völkerbundes zu begegnen versucht. Wir wissen aber, wohin die Anklagen führen sollten. Man will alles versuchen, um den Beschwerden der deutschen Minderheit in Poln.-Oberschlesien den Weg nach Genf an den Völkerbund zu versperren. Der polnische Außenminister hat bei diesem Versuch Schiffbruch erlitten und das Gegenteil dessen erreicht, was er wollte, denn sein ungewöhnlicher Auftritt, hat das Minderheitenproblem mit einem Schlag in den Vordergrund internationaler Debatten gestellt und zwingt somit den Völkerbund zu ihm Stellung zu nehmen. Dafür sind wir dem polnischen Außenminister dankbar.

Wir wollen auf Einzelheiten der Angriffe Zaleskis verzichten, denn was wir grundlegend zu seinen Ausführungen zu sagen hätten, hat der Vorsitzende der 53. Völkerbundstagung, der französische Außenminister Briand, mit aller Deutlichkeit gesagt, indem er unter der Adresse Zaleskis erklärte, daß nichts dazu berechtigt, daß der Völkerbundsrat oder der Völkerbund auf irgend einen Rat die geheiligten Rechte der Minderheiten verletzen werde und ferner, daß alle Minderheitsfragen in der peinlichsten und unparteilichsten Art geprüft werden müssen und weiter, daß auf keinen Fall, das Recht der Minderheiten eine Einschränkung erfahren soll. Mit dieser Erklärung aus beruhendem Munde eines Mannes wie Briand, fallen die kleinlichen Anklagen Zaleskis in sich selbst zusammen, man braucht sie nicht tragisch zu nehmen, denn sie sind Ausdruck der Schwäche, daß man mit Unterdrückungsmethoden nicht einem Volkstum, welches so fest verankert ist, wie das deutsche in Polnisch-Oberschlesien, hekommen kann. Und wir glauben, daß auch Stresemann sich nichts schändlicher gewünscht hat, als die Minderheitenfrage auf dieses Gleis zu schieben. Wir sind dem deutschen Außenminister dankbar, daß er sich dazu verstanden hat, für die Minderheiten eine Lanze zu brechen, Worte zu finden, auf die wir vergeblich bisher gewartet haben. Denn es handelt sich nicht um die deutsche Minderheit allein, sondern seine Worte werden durch alle Gauen der Welt klingen, wo Minderheiten, gleich welcher Nation, sitzen. Der Völkerbund muß durch die Entgeisungen Zaleskis sich der Minderheitenfrage annehmen und mag es auch noch geraume Zeit dauern, sie wird, sie muß gelöst werden. Und das dieses Problem rascher auf die Tagesordnung des Völkerbundes kommt, dafür danken wir dem polnischen Außenminister, er hat uns in aller Klarheit gesagt, was er will und man wird sich dementsprechend einzurichten wissen.

Wir übergehen damit das Rededuell zwischen Stresemann und Zaleski, den Wortlaut mögen die Leser auf anderer Stelle unserer Zeitung suchen. Wir sind von diesem Generalangriff gegen die deutsche Minderheit nicht überrascht. Wir müssen uns aber mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, wenn uns unterschoben wird, daß wir den polnischen Staat in irgend einer Form discreditierten wollen. Die Beschwerden der deutschen Minderheit an den Völkerbund sind nicht der Ausdruck des Hasses gegen den polnischen Staat, sondern die Forderung nach einer Rechtsauslegung, die verankert ist in der polnischen Verfassung und verankert ist im Genfer Abkommen, welches die polnische Regierung unterzeichnet hat und dem es allein zu verdanken ist, daß Polnisch-Oberschlesien nicht ein Schutthaufen geworden ist. Ohne der verfehlten polnischen Praxis gegenüber den deutschen Minderheiten gebe es keine Beschwerden beim Völkerbund. Und wir unterstreichen, daß polnischerseits bisher nie der Versuch gemacht worden ist, einen Ausgleich in Oberschlesien selbst zu finden, weil man der Meinung ist, daß durch das dauernde Hinauszögern der Entscheidungen, die Polonisierung Erfolg machen wird. Diese Theorie ist es, die hier eine Verständigung zwischen Behörden und Minderheit ausschließt. Wir unterstreichen Behörden, denn mit dem polnischen Bevölkerungsanteil, soweit der nicht zwangsläufig zum Westmarkenverein angehört, wäre eine Verständigung möglich. Und da müssen wir noch einer Tatsache gedenken. Es waren Schritte im Gange, die dahin zielten, daß ein Weg gefunden werden sollte, um den vielen Beschwerden an den Völkerbund Einhalt zu tun. Man wolle sie in irgend einer Form schon in Oberschlesien selbst lösen und nur außergewöhnliche Fälle vor den Völkerbund bringen. Diesen Weg hat nun der polnische Außenminister einfach unterbunden, denn die Anklagen, die er der deutschen Minderheit entgegen geschleudert hat, können nur eine Antwort erhalten: Nun erst recht alles auf den Rechtsweg legen. Recht muß Recht bleiben, mögen sich die Chauvinisten aller Schattierungen noch so krümmen. Uns föhrt das nicht. Und noch eines zum Schluß. Die deutsche Arbeiter-schaft Polnisch-Oberschlesiens steht auf dem Boden der polnischen Staatlichkeit ohne ein Für und Wider und sie hat das allergrößte Interesse, daß es ihrem Staate wohl und gut geht. Von seinem Wohl ist auch ihr Wohl abhängig und eben aus diesem Grunde wenden wir uns mit aller Schärfe gegen irgend welche Unterschlebung staatsfeindlicher Antriebe, wie sie der polnische Außenminister zum Ausdruck gebracht hat. Was wir wollen, ist die Gleichberechtigung nicht auf dem Papier, sondern in der Praxis, nicht wie sie die Chauvinisten verstehen, sondern wie sie rechtlich verankert ist.

Der polnische Außenminister will scheinbar keine Verständigung mit der Minderheit Polnisch-Oberschlesiens, er hat die Kriegsansatz geblasen; wir sind nicht so nervös über unseren mangelhaften Erfolg, als daß wir in den Fehler verfallen würden, die gleiche Tonart einzuschlagen. Wir wissen die Schwächen der Staatsmänner einzuschätzen und haben selbst für harte Worte gewisse Entschuldigungen, von denen auch der polnische Außenminister nicht ausgeschlossen werden soll. Es wird sich ja noch Gelegenheit bieten, auf dieses Thema zurückzukommen, wir wollen abwarten, wie die Regierungspraxis abgestimmt wird. Denn der Ton macht die Musik!

Die Tragödie einer Ehe

Warum die Frau ihren Mann zu Tode brühte.

Eines gräßlichen Todes starb am 13. Juli im Krankenhaus der Tapezierer Kempf; seine Frau hatte ihn mit einem Waschkessel voll kochendes Wasser verbrüht. Gräßlich qualvoll war aber auch das Zusammenleben der Eheleute. Seit Jahren ging es auf die Katastrophe zu. Heute steht die 36 jährige Frau vor dem Landgericht 3 und verantwortet sich wegen Totschlags. Hatte sie aber wirklich das kochende Wasser über den Mann gegossen in der Absicht, ihn zu töten? Oder war die Tat die Affekthandlung einer bis aufs Blut gereizten Frau?

Sieht man das feingeschnittene Gesicht der 36-jährigen Frau vor sich mit dem Ausdruck tiefen Leides und dem ganz ergrauten Haar, hört man diese vor innerer Erregung zitternde Stimme, so versteht man, daß es vielleicht so kommen mußte, wie es gekommen ist. Zwei Menschen, die nicht zueinander paßten, hatten sich zu ihrem eigenen Verderb miteinander verbunden. Als Sechzehnjährige lernte sie in ihrer Vaterstadt Stargard im Jahre 1908 den jungen Tapezierer Kempf kennen. Im Jahre 1917, als dieser sich auf Urlaub befand, heiratete sie ihn. Damals besaß sie bereits in Berlin eine kleine Wohnung und verdiente gutes Geld als Näherin; sie beschäftigte drei Maschinen und hatte etwa 100 Mark wöchentlich. Als der Krieg zu Ende war, glaubte der Mann, daß der Verdienst der Frau ihn von der Verpflichtung, zu arbeiten, befreie. Die Frau war aber der Ansicht, daß der Mann die Familie mit zu ernähren habe. So entstanden die ersten Ehezwistigkeiten. Hinzu kamen Beschimpfungen der Frau durch den Mann, ständige Eifersüchteleien und selbst Mißhandlungen. Die Frau verachtete den Mann wegen seines Nichtstuns und ließ ihn das merken. Dieser rüchtete sich so gut er konnte. Wiederholt, vielleicht ein dutzendmal, verließ die Frau ihren Mann, bald mit ihrem Koffer, bald ohne ihn. Als er selbst ihre Ersparnisse verpielte, hörte sie auf zu arbeiten, um ihn zur Arbeit zu zwingen. Sie war ihm aber bald wieder über, und immer, wenn die Frau fort war, holte der Mann sie zurück: er könne ohne sie nicht leben, sagte er. Jemand müsse doch die Wohnung in Ordnung halten, er könne nicht für die Miete aufkommen — es war eine Neubaugewohnung, für die die Frau den Bauzuschuß bezahlt hatte. Er suchte sie auch an ihren Arbeitsstellen auf und wurde jetzt täglich gegen sie. Als sie wieder einmal ihre Wohnung nach einem Streit verlassen hatte, nahm er Untermieter ins Haus. Sie verlangte, daß sie ausgemietet werden und daß die Wohnung in zwei Teile geteilt würde, so daß sie getrennt wohnen könnten. Davon wollte er nichts hören. Nach wie vor war er ihr Ehebruch vor, obgleich in Wirklichkeit er ihr selbst gegenüber seine vielen Ehebrüche eingestand. Schließlich kam es zu einer Ehescheidungsfrage. Wie es mit den Eheleuten um diese Zeit stand, erhellt aus dem Briefen, die die Angeklagte an ihren Mann und an ihren Jungen schrieb. Da heißt es einmal: „Der Abschluß könnte noch so ausfallen, daß du zwei Menschen auf deinem Gewissen hast. Zu dir gehe ich nicht mehr zurück.“ In einem anderen Briefe redete sie ihn bereits mit Sie an. „Ich verachte Sie so sehr, daß von einer Ehegemeinschaft keine Rede mehr sein kann; glauben Sie nicht, daß Sie mich auf den schlechten Weg drängen könnten.“ In ihren achtjährigen Jungen schreibt sie: „Mein lieber kleiner Junge, tröste dich, bald hole ich dich ab. Wenn die fremde Frau dich berührt (sie meint die Untermieter), so sage ihr: Du bist nicht meine Mutter!“ In einem anderen Briefe: „Ich wollte dir einen Anzug und ein Öfterei bringen, leider kam ich nicht in die Wohnung hinein. Der Mensch, den du Vater nennen mußt, hat den Leuten gesagt, daß sie mich nicht hineinlassen.“ Dann schreibt sie wieder an den Mann, daß sie ohne Richter und Anwalt zu ihrem Recht kommen würde, wenn er die fremden Leute nicht ausmietet, er sei nun genug gewarnt.

Am 3. Juli geschah nun das Unheil. Wieder einmal hatte der Mann die Frau zu sich zurückgeholt; wieder hatte er ihr eine Eifersüchteleie gemacht; wieder war zwischen ihnen Streit wegen der Untermieter. Die Frau hatte erklärt, daß sie am nächsten Morgen mit ihrem Jungen zu ihren Eltern fahren würde. Sie war gerade dabei, Wäsche zu waschen; der Mann wollte seine Füße waschen, er begab sich ins Badezimmer und setzte sich in der Badewanne auf einen Schemel. Die Frau kam mit einem Kessel voll Wäsche und heißer Lauge ins Badezimmer, um für den Mann sauberes Wasser zum Fußwaschen in den Kessel zu tun. In diesem Augenblick will sie einen Schlag ins Gesicht erhalten haben; wie sie das kochende Wasser über den Mann gegossen habe,



Schmelings nächster Gegner

wird der Amerikaner Julius Olson sein, der dem früheren deutschen Halbschwergewichtsmeister am 21. Dezember im New Yorker Madison Square Garden entgegentreten wird

behauptet sie nicht zu wissen. Der Mann packte sie am Halse, ließ mit ihr, sie würgend, ins Zimmer und hielt sie so lange fest, bis die Leute sie von ihm rissen. Zehn Tage später starb er im Krankenhaus. Die Hautverbrünnungen, die anfangs nicht allzu bedeutend schienen, hatten sich zu weit ausgebreitet. Die Angeklagte befreit mit aller Entschiedenheit, die Absicht gehabt zu haben, den Mann zu töten.

Vermischte Nachrichten

Nach den Akten hat Herr Wothke tot zu sein!

Der Seemann Wothke ist ein alter Seebär, behäbig, gemütlich, mit Rinnbart und wettergebräunt Gesicht. Er ist von Kindheit an auf See gewesen, hat viele Abenteuer erlebt, und kann schon so manches erzählen, abends beim Bier und der biden Zigarre in seinem Stammlokal in Hannover. Dort lebt Wothke, der alte Marineer. Stimmt nicht, — Wothke ist tot. Was, der alte gemütliche Seebär mit dem Rinnbart, mit dem Bier und der Zigarre ist gestorben? Nein, so ist das nicht, viel verwickelter und schwieriger ist dieser Todesfall. Nach den Akten hat Herr Wothke tot zu sein, und damit basta! Es ist schon soweit gekommen, manchmal, wenn es ihm zu bunt wird, kratzt sich der Seemann hinter das Ohr und tut die bedeutende Frage: Ein ich nun der alte Wothke oder nicht? Jeder Mensch hat seine Vorgeschichte, seine Vergangenheit. Wothkes Tod ist der lächerlich tragische Abschluß seiner Vorgeschichte. Wothke war nach einer langen Seefahrt nicht heimgekehrt. Nach Ablauf der gesetzlichen Frist erklärten die Behörden den verschollenen Seemann für tot, und der Schreiber hatte gleichgültig neben den schönen Namen Wothke ein ebenso schönes Tintentkreuz aufgemalt. Der Fall war erledigt, der Aktenbeutel geschlossen. Dann kam Wothke nach Hause, dem nassen Grab entronnen, und sehr behäbig. Aber da hatten sie ihm das andere Grab geschaufelt und längst zugeschüttet. Denn als er im Magistrat die rechtswidrigen Worte: „Ich bin der Seemann Wothke“ gesprochen, da lachten ihn die Beamten aus, und ein besonders spitzfindiger Schlag das die Wuthke auf und zeigte ihm das Kreuz mit Namen und Datum. Nur Wothke war der einzige, der daran nicht glaubte. Aber den Tod konnte man doch nicht widerrufen, noch weniger diese gerichtliche Bestimmung. Der lebende Seemann, alias der Seemann Wothke, erträgt die Konsequenzen mit Todesverachtung. Nur schade, daß er eine so anständige Haut ist unter seinem Särensfell, dem auch der Tod nichts anhaben kann. Sonst bräuhete er keine Steuern zu zahlen, keine Briefmarken zu kleben, aber das ist noch harmlos. Rächen könnte er sich so gut an den Leuten, die sein Todesurteil gesprochen. Raubmorden muß er, wer wird denn einen Toten noch einmal aufhängen? Über die Gerichte läßt Wothke ruhen. Abends beim Bier, die bide Zigarre zwischen die Zähne geklemmt streicht er mit der Hand über seinen grauen Rinnbart. „Nur nicht unterkriegen lassen, alte Haut. Dem Wothke machen sie nichts mehr vor!“....

Was der Rundfunk bringt

Katowice — Welle 422.

Dienstag, 16: Schallplattenkonzert. 17:10: Vortrag. 17:35: Gesprächsstunde. 18: Unterhaltungskonzert von Warschau. 19:20: Opernübertragung. 22: Die Abendberichte.

Warschau — Welle 1111,1.

Dienstag, 15:20: Vortrag. 16: Schallplattenkonzert. 17:10: Vortrag: Sport und Körpererziehung. 17:35: Uebertragung eines Vortrages aus Posen. 18: Konzert. 19:20: Uebertragung einer Oper.

Gleiwitz Welle 329,7.

Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung.

11:15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Ober und Tagesnachrichten. 12:20-12:55: Konzert für Verjuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten. *) 12:55 bis 13:06: richten. 13:45-14:35: Konzert für Verjuche und für die Funkindustriener Zeitzeichen. 13:06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13:30: Zeitanfrage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten auf Schallplatten und Funkwerbung. *) 15:20-15:35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17:00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabends und Sonntags). 19:20: Wetterbericht. 22:00: Zeitanfrage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22:30-24:00: Tanzmusik (ein- bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesiener Funkstunde A-G.

Dienstag, 14:35: Kinderstunde. 16: Abt. Religionswissenschaft. 16:30: Unterhaltungskonzert. 18: Uebertragung aus Gleiwitz: Zeiluppenbilder aus Oberschlesien. 18:30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. 19:25: Abt. Wirtschaft. 19:50: Hans Bredow-Schule, Abt. Seelenkunde. 20:15: Wochensprache. 22: Uebertragung aus Berlin: Presseumschau der „Drahtl. Dienst-A-G.“. Anschließend die Abendberichte und Mitteilungen des Verb. der Funkfreunde.

Mitteilungen

des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Der für den 18. Dezember 1928 angeordnete Vortrag fällt aus, und die Genossen werden aufgefordert, sich recht zahlreich am Weihnachtsfest der „Kinderfreunde“, welches im „Christlichen Hospiz“, ulica Jagiellonska, statifindet, zu beteiligen. Beginn der regelmäßigen Vorträge: Dienstag, den 8. Januar 1929. Gen. Gorny spricht über „Christentum und Klassenkampf“.

Bismarckhütte. Am 19. d. Mts., abends 7/8 Uhr, findet „Pod Strzechom“ ein Vortrag des Genossen Kowoll statt. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Veranstaltungskalender

Katowice. Am Donnerstag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, findet im Saal des Zentralhotels eine Weihnachtsfeier der Arbeiterwohlfahrt statt, zu der alle Genossinnen eingeladen sind. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Am Mittwoch, den 19. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, findet im Parteibüro, Zimmer 23, eine Kinderfreundefeier statt, zu der außer den Mitgliedern auch die Helfer und Helferinnen eingeladen sind. Freundschaft!

Bipine. (Maschinisten und Heizer.) Am Dienstag, den 18. d. Mts., abends 6 Uhr, findet bei Morawieh die fällige Mitgliederversammlung statt. Restloses Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Jozef Helmrich, wohnhaft in Katowice; für den Inzeratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. oap., Katowice; Druck: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kosciuszki 29.

Ost-Oberschlesische Heimat

Der Abreißkalender für den Heimatsfreund für das Jahr

1929

Bestrichenes und billigstes Weihnachtsgeschenk!

52 Wochenbilder aus Oberschlesien Landschaft - Industrie - Volkstum

Preis 5.- Zloty

Zu erwerben in der Geschäftsstelle des Deutschen Kulturbundes Katowice, ul. Starowiejska Nr. 9/1 und in allen Buchhandlungen

Was ist nur mit der Mode?

Ich kann doch nicht schon wieder ein neues Kleid kaufen... Nein, liebe Hausfrau, kaufen nicht — selber machen.

Beyers Modenblatt

lehrt alles vom Hausanzug bis zum Abendkleid selbst zu schneiden. Schnittbogen für alle Modelle in jedem Heft. Außerdem: Roman, Hauswirtschaft u. v. a. Lassen Sie sich die neuesten Hefte von Ihrem Buchhändler vorlegen oder für 53 Pf. vierzehntigentlich ins Haus bringen.

EYER-VERLAG, LEIPZIG-T.

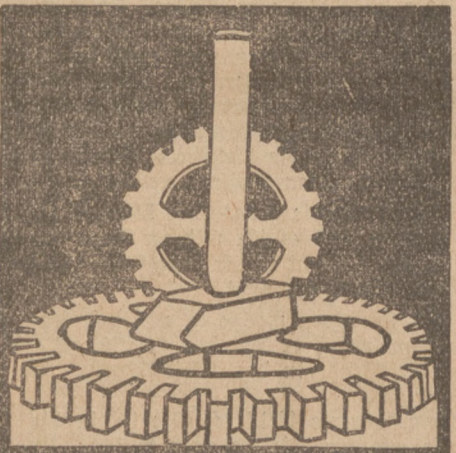
Seifen- und Schuhcrem-Fabrikation

im Hause richten wir ein.

Dauernde und sichere Existenz, besondere Räume nicht nötig.

Auskunft kostenlos. — Rückporto erwünscht

Chemische Fabrik Heinrich & Münkner Zeitz-Adylsori



DRUCKSACHEN FÜR DEN INDUSTRIEBEDARF

LOHNLISTEN, LOHNBEUTEL, SCHICHTEN- UND MATERIALIEN-BÜCHER, FORMULARE ALLER ART, AKTIEN FERTIG IN KÜRZESTER FRIST

„VITA“ NAKLAD DRUKARSKI KATOWICE, KOŠCIUSZKI 29 • TELEFON 2097



sind Glanzleistungen küchenchemischer Ererungenschaften u. werden von erfahrenen Hausfrauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:

- Dr. Oetker's Backpulver „Backin“
- Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
- Dr. Oetker's Pudding-Pulver
- Dr. Oetker's „Gustin“
- Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver
- Dr. Oetker's Rote Grütze
- Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

u. s. w.

Dr. A. Oetker Bielefeld.